

Rede zur Einbringung des Haushalts 2017 - Bürgermeister Christoph Schultz

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach dem Vortrag der Eckdaten des Haushalts durch Herrn Kämmerer Schmitz gestatten Sie mir einige Bemerkungen. Zunächst möchte ich den Kolleginnen und Kollegen der Haushaltsabteilung meinen Dank aussprechen für die geleistete Arbeit.

Nun kommt der schwierige Teil. Denn ich muss Ihnen und den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt erklären, warum die Verwaltung der Auffassung ist, dass die Grundsteuer B angehoben werden muss. Die **einfache Antwort** wäre, dass der Haushalt 2017 Kostensteigerungen enthält, die mit den Einsparbemühungen nicht mehr aufzufangen sind.

Die **ehrliche Antwort** ist:

Diese Entwicklung hat verschiedene Ursachen. Zum einen ist generell die Entwicklung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle unerfreulich unstetig. Wir liegen immer noch hinter dem Ergebnis des Jahres 2012. Ja, wir sind dabei diese Einnahmeseite zu stärken, zum einen durch den Lückenschluss an der Neanderhöhe, zum anderen durch Attraktivitätssteigerungen für das Gewerbegebiet Unterfeldhaus. Aber das führt leider nicht kurzfristig zu Verbesserungen, denn auch durch Wegzüge verlieren wir Steuereinnahmen, die erst durch neue Ansiedlungen kompensiert werden. Und das ist auch der Grund, warum wir nicht an eine Gewerbesteueranhebung denken. Wir stehen im Wettbewerb mit den anderen Städten im Umland, da schaden Steuererhöhungen mehr als sie uns bringen.

Des Weiteren steigen die Aufwendungen beim Personal um 3 Mio. Euro. Diese Zahl beinhaltet 1,9 Mio. Euro für die Tarif- und Besoldungssteigerungen und

neue Ausbildungsplätze und 0,4 Mio. für eine Stellenreserve im Tarifbereich, um das Wissen ausscheidender Kollegen zu erhalten. Für 0,7 Mio. Euro schaffen wir Stellen, ohne die wir zum Beispiel im Bereich Integration den guten Stand nicht halten können. Aber genau das sind Investitionen für ein friedliches Miteinander in Erkrath.

Unter anderem stärken wir auch das Immobilienmanagement – siehe Gute Schule –, richten ein Controlling im Technischen Dezernat ein und kommen der gesetzlichen Verpflichtung zur Einführung eines Gesundheitsmanagements nach.

Doch auch in den Produkten der Fachbereiche kann man sehen, wie schwierig die Lage ist. Am Beispiel Kinderbetreuung zeigt sich, dass der Saldo aus Ertrag und Aufwand schlechter wird. Hatten wir 2015 noch im Bereich Kitas und Tagespflege ein Minus von 6,2 Mio. liegt dieses im Plan 2017 nun bei 7,3 Mio. Euro. Das heißt 1,1 Mio. Euro jährlich weniger in der Stadtkasse. Oder im Bereich Soziales haben wir gegenüber 2015 ein höheres Minus von fast 400.000 Euro.

Die Arbeitsgruppe Haushalt zwischen Verwaltung und Politik hat sich auf mehrere Maßnahmen verständigt, daneben sind weitere Beschlüsse in diesem Jahr bereits gefasst worden oder werden noch gefasst (wie Zweitwohnungssteuer, Erhöhungen von Hundesteuer und Vergnügungssteuer, Beiträge für Bücherei, Bürgerhaus, Stadthalle, Kinderbetreuung), die die Einnahmeseite stützen. Dabei verfolgen wir stets das richtige Ziel, uns nicht an die Spitze der Städte im Kreis zu stellen, aber eben auch nicht im unteren Drittel zu sein, denn das können wir uns schlicht nicht leisten.

Ganz allgemein gilt, dass wir bei den Ausgaben nicht soweit sparen können – oder zum Teil auch berechtigterweise wollen –, dass wir ohne die

Grundsteuererhöhung mit dem Haushalt unsere Handlungsfähigkeit erhalten, also unter der 5%-Eigenkapitalverzehrsgrenze bleiben.

Keinem von uns wird die Entscheidung über die Steuererhöhung leicht fallen. Aber ohne sie drohen uns Einschnitte, die wir den Bürgerinnen und Bürgern noch schwerer vermitteln können. Für den einzelnen Haushalt bedeutet die Anhebung in einer Wohnung etwa 4-5 Euro pro Monat mehr, im Haus etwa 8-10 Euro pro Monat. Das ist nicht wenig, aber wie gesagt, leider nicht zu vermeiden.

An zwei Beispielen möchte ich noch deutlich machen, dass auch die Landesregierung in der Verantwortung steht, die Grundlagen der Gemeindefinanzierung zu verbessern. Wir alle freuen uns über das Projekt „Gute Schule“, mit dem wir weitere Maßnahmen für die Verbesserung unserer Schulen auf den Weg bringen. Und um die Umsetzung sicherzustellen, ist die Einstellung eines Ingenieurs nur für diesen Bereich unumgänglich, für die ich nachdrücklich werbe.

Wenn man sich aber die Verteilung der Mittel des Programms „Gute Schule“ über das Land ansieht, dann bekommen die ärmeren Kommunen erheblich mehr Mittel, obwohl eine Verteilung nach Schülerzahlen gerechter wäre, denn auch wir haben keinen strukturellen Haushaltsausgleich. Wenn der Reiche auch arm ist, funktioniert die Verteilung nach Robin Hood nicht mehr.

Das zweite Beispiel der Integrationspauschale i.H.v. 434 Mio. Euro, die das Land vom Bund bekommt. Hier unterbleibt schon eine nur teilweise Weitergabe an die Kommunen völlig, weil das Land der Meinung ist genug zu tun. Das mag jeder für sich beurteilen, aber wenn in diesem Jahr nur 13% nur der kreisangehörigen Gemeinden in NRW einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, 72% keine Ausgleichsrücklage mehr haben, 40% in

der Haushaltssicherung sind und sogar 5% ihr Eigenkapital vollständig aufgebraucht haben, dann stimmt etwas im Gefüge der Kommunalfinanzierung nicht mehr.

Natürlich bleibt es unser oberstes Ziel, den Haushaltsausgleich aus eigener Kraft zu schaffen. Aber zunächst müssen wir weiter um die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzeptes ringen. Dieser Haushalt ist sehr knapp, es gibt – wie im letzten Jahr – wenig Spielraum für große Veränderungen. Aus diesem Grund ist die „Soziale Stadt“ auch nicht eingepreist, weil wir mit ihr die Grundsteuer noch höher ansetzen müssten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,

im letzten Jahr habe ich Ihnen schon einen Satz auf den Weg gegeben, der an Aktualität nichts eingebüßt hat:

„Und bei der Ausgabenseite müssen wir – ganz ohne Wertungen – wegkommen von einer Arbeitsteilung, bei der der Rat die Forderungen stellt, und die Schwierigkeiten der Umsetzung ausblendet.“

Ich kann dies nur noch einmal unterstreichen. Bitte tun Sie nicht so, als ob „*die Verwaltung*“ eine unendliche Ressource sei. Auch bei uns sitzen nur Menschen an ihren Aufgaben und wollen ihren Dienst bestmöglich für ihren Auftraggeber – die Bürgerinnen und Bürger – verrichten. Auch für sie hat der Arbeitstag durchschnittlich acht Stunden und die Woche fünf Tage.

Ebenfalls habe ich zum letzten Haushalt gesagt: „Ich wünsche mir einen fairen Umgang miteinander, bei dem wir uns offen und vertrauensvoll austauschen.“ Auch daran halte ich fest, und hoffe, dass Sie – **so wie ich Ihnen gegenüber** – ebenfalls einen Schwerpunkt auf das **Vertrauen** setzen!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gute Beratungen!